

Buchbinder-Zeitung

Organ des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter

Nummer 17

Einheits-Contingent. Zugabepreis vierteljährlich 1,50 Mk. ohne Post- und Bestellgebühren. Nur Postbezug. Verteilung bei allen Postämtern. Geschäftsstelle Berlin S. 59, Urbanstr. 63 I. Fernruf: Moritzstr. 86-3

Berlin, den 24. April 1921

Anzeigenpreis: Die 6 gepaltene Reitonette 3 Mark; für Verbandsmitglieder 2 Mark; Stellenangebote 2 Mark; Versammlungsanzeigen usw. 1 Mark. * Der Anzeigenpreis ist vorher zu entrichten. *

37. Jahrgang

Mit dem Erscheinen dieser Nummer ist der 17. Wochenbeitrag für 1921 fällig. Nach § 7 Abs. 1 des Statuts ist der Beitrag nicht nachträglich, sondern im voraus zu entrichten.

Von der pünktlichen Beitragszahlung hängt ebensoviel die geregelte Tätigkeit der Organisation als auch das Recht des Mitglieds auf Unterstützung im Bedarfsfalle ab. Jedes Mitglied erfüllt daher eine Pflicht gegen den Verband und nützt sich selbst, wenn es seine Beiträge regelmäßig und pünktlich bezahlt.

Um unsere Mitglieder vor unnötigen Verlusten zu bewahren, ersuchen wir sie, ihre Beitragsmarken des öfteren daraufhin zu prüfen, daß sie fest im Mitgliedsbuch oder der Karte haften. Wo das nicht der Fall ist, liebe man sie nach.

Die Reichsregierung und unter Arbeitslosigkeitsprogramm.

Das „Korrespondenzblatt des ADGB.“ schreibt in seiner Nr. 16 unter dieser Ueberschrift folgendes:

Der Vorstand des ADGB. hatte dem Reichstanzler in einer Eingabe vom 26. Februar sowie in einer Reihe von Kabinetts- und Ministerialentscheidungen sein Arbeitslosigkeitsprogramm unterbreitet und auf eine Durchführung der darin enthaltenen Forderungen hingewirkt.

In dem Antwortschreiben des Reichstanzlers vom 23. März wird erklärt, daß die Reichsregierung der großen Arbeitslosigkeit die ernsteste Aufmerksamkeit zuwenden und sich nicht auf die Gewährung des notwendigsten Lebensunterhalts an die Erwerbslosen durch öffentliche Unterstützungen beschränke, sondern auch bereit sei, auf jedem gangbaren Wege den Arbeitslosen Arbeit zu beschaffen. Im Jahre 1920 seien bereits eine Milliarde Mark für Erwerbslosenfürsorge, hiervon 400 Millionen Mark in Form produktiver Erwerbslosenfürsorge ausgegeben worden. Diese Summe erhöhe sich um den Anteil der Länder und Gemeinden auf das Doppelte. Auch im jetzigen Rechnungsjahr sollen öffentliche Arbeiten im weitesten Umfange in Angriff genommen werden. Dabei sollen bei der Vergabe dieser Aufträge in erster Linie die Bezirke größter Arbeitslosigkeit berücksichtigt werden, soweit dies mit dem Zweck des wirtschaftlichen Auftrags vereinbar sei. Ob die mit Aufträgen bedachten Unternehmer verpflichtet werden können, Arbeitslose einzustellen und eine verkürzte Arbeitszeit mit mehreren Schichten von Arbeitnehmern einzuführen, werde von dem Ergebnis einer bereits eingeleiteten Durchprüfung durch einen paritätischen Ausschuss abhängen, der auch darüber entscheiden soll, ob neben den vorhandenen Betrieben einzelner Industriezweige noch andere geeignete Betriebe bei Vergabe der Aufträge heranzuziehen sind. Die Reichsregierung sehe es auch als ihre selbstverständliche Pflicht an, den Unternehmergewinn, der durch die öffentlichen Aufträge entsteht, auf ein Mindestmaß zu begrenzen, das den Verhältnissen und der finanziellen Lage des Reichs angemessen sei. Bei der Entlohnung der Arbeiter könne eine Verletzung der Tarife nicht in Frage kommen. Zur Erörterung dieser Fragen seien schon bisher Vertreter der

Gewerkschaften hinzugezogen worden, und das solle auch weiter geschehen.

Gegen die Verkürzung der Arbeitszeit der Vollbeschäftigten äußert das Schreiben des Reichstanzlers bei warmer Anerkennung der Opferwilligkeit der beteiligten Arbeiter das Bedenken, daß dadurch sowie durch Einführung des Schichtwechsels, die allgemeinen Unkosten der Produktion sich wesentlich erhöhen und daß diese Maßnahmen auch technisch nicht in allen Industrien und Betrieben durchführbar seien. Eine Aussprache mit Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern im Reichsarbeitsministerium habe zu dem Ergebnis geführt, daß die technische und wirtschaftliche Möglichkeit der Arbeitsstreckung für einzelne Industrien noch besonders durchgeprüft werden müsse. Bis zur Entscheidung glaube die Reichsregierung ihre Entscheidung zurückstellen zu müssen, ebenso die Frage, ob die Kurzarbeiterunterstützung gemäß Ziffer 7 der Forderungen umzugestalten sei. Denn erst dann lasse sich beurteilen, wie groß die neue Belastung des Wirtschaftslebens und der öffentlichen Verbände sein werde. Unabhängig davon solle geprüft werden, ob der Kurzarbeiterunterstützung in ihrer jetzigen Form stärkere Wirkung verliehen werden könne.

Hinsichtlich der Belegung des Baugewerbes erklärt das Schreiben, daß bereits 1918—1920 allein aus Reichsmitteln 1630 Millionen Mark zur Unterstützung des allgemeinen Wohnungsbaus und 300 Millionen Mark zur Unterstützung des Baus von Bergmannsmwohnungen aufgewendet worden seien. Bis 1920 seien insgesamt 4 1/2 Milliarden Mark öffentlicher Mittel für den Wohnungsbau aufgewendet worden. Im Haushaltsjahr 1921 seien je 1 1/2 Milliarden Mark für allgemeinen Wohnungsbau und für Bergmannsmwohnungen und daneben noch 700 Millionen Mark aus der Kohlenabgabe, insgesamt 3,7 Milliarden Mark angelegt. Die Bautätigkeit habe in diesem Frühjahr auch bereits lebhaft eingelebt. Die Reichsregierung sei entschlossen, die Bautätigkeit auch weiter zu fördern.

Die Zahl der Arbeitslosen, so bedauerlich sie auch angewachsen ist, sei immer noch geringer als die Ziffern anderer Länder und auch das Zeitmaß ihres Wachstums sei durch die Maßnahmen der Reichsregierung zweifellos wesentlich verlangsamt worden. Freilich sei nicht damit zu rechnen, daß die Maßnahmen irgendeiner Regierung die Arbeitslosigkeit in Deutschland ganz beseitigen könnten. Das könne nur erreicht werden, wenn die Weltwirtschaft als Ganzes gesunde und wenn der deutschen Volkswirtschaft die Möglichkeit gegeben werde, dazu mit ihren besten Kräften beizutragen.

Abtneidend verhält sich das Schreiben des Reichstanzlers gegenüber einer Erhöhung der laufenden Erwerbslosenfürsorgungen, nachdem die Geltung der erhöhten Winterläge bereits bis zum 1. Mai d. J. verlängert worden sei. Weiter könne die Reichsregierung nicht gehen, wenn sie die finanzielle Lage des Reichs, der Länder und Gemeinden pflichtgemäß würdige. Das Schreiben verweist neben der gesetzlichen Unterstützung auf den Weg der Wohlfahrtspflege öffentlicher oder gemeinnütziger Verbände. Schließlich versichert der Reichstanzler, daß die Einhebung der Besitzsteuern im vollen Gange sei und das Reichsnotopfer bereits zum Teil eingehoben werde.

Zu diesem Schreiben der Reichsregierung ist zu bemerken, daß der Hinweis auf die bereits vorausgabten Milliarden den Arbeitslosen wenig helfen kann, zumal dabei wohl erst noch besonders zu untersuchen wäre, wem der Löwenanteil dieser verbrauchten

Milliarden zugewendet worden ist. Daß davon auf die Arbeiter nur der geringste Teil entfällt, während die weitaus größten Summen von den Unternehmern für Materialpreise und Mietenprofite verrechnet werden, ist eine längst bekannte Tatsache.

Was bei den gegenwärtigen Aufträgen des Reichspost- und Reichsverkehrsministeriums für die Arbeitslosen herauskommt, dafür lieferten die Verhandlungen mit diesen Ministerien einige drastische Belege. Als eine Kommission aus Vertretern der für solche Arbeiten in Betracht kommenden Gewerkschaften mit dem Reichspostminister besonders verhandelte, erklärte der Reichspostminister: er habe keine Aufträge zu vergeben. Die bis dahin erteilten Aufträge seien Notstandsarbeiten gewesen. Als dann doch einige dringliche Arten von Arbeiten ermittelt werden konnten, machten die Unternehmer der Betriebe, die solche Arbeiten ausführen, die größten Schwierigkeiten gegen die Einstellung von Arbeitslosen.

Im Reichsverkehrsministerium, das angeblich Aufträge in Höhe von 16 Milliarden zu vergeben hat, kommen 7,5 Milliarden für Lokomotiven und Waggons in Betracht. Auf diesem Gebiet beherrscht der Ring der Verbände der Lokomotiv- und der Waggonfabrikanten vollständig die Preisgestaltung, so daß das Verkehrsministerium ihm gegenüber ohnmächtig ist. Wiedel Maschinen und Waggons für die 7,5 Milliarden des Haushaltsplans zu bauen sind, bestimmt nicht das Ministerium, sondern der Unternehmerring. Ebenso läßt sich dieser in die Arbeitsbedingungen nicht hineinreden. Nur in Sachen war man unter der Voraussetzung, daß dorthin Aufträge vergeben werden, zu einer Verständigung bereit. Auch weigern sich die Herren, weitere Betriebe zur Ausführung solcher Arbeiten heranzuziehen.

Sieht man von diesen Aufträgen ab, so bleiben höchstens 1 1/2 Milliarden Mark für den Ausbau von Werkstätten und für Reparaturarbeiten übrig, über die eine Verständigung zu erzielen sein wird. So sieht es mit den Mietenaufträgen aus, die das Reich zu vergeben hat.

Was schließlich die Verteilung der Arbeiten auf alle Arbeiter und die Einstellung der Arbeitslosen in die Betriebe anlangt, so ist die Reichsregierung ja zur Durchprüfung aller Möglichkeiten durch sachverständige paritätische Kommissionen bereit. Ob das aber der geeignetste Weg ist, das Arbeitslosenproblem zu lösen, erscheint uns recht fraglich. Denn ehe solche durch Fragebogen vorbereiteten Prüfungen durchgeführt sind, und ehe zwischen Regierung, Arbeitgebern und Arbeitnehmern ein Verständnis darüber erfolgt ist, dürfte die Arbeitslosigkeit katastrophal angewachsen sein. Es kommt uns angesichts der Antwort der Reichsregierung beinahe so vor, als ob man dort den fürchtbaren Ernst der Situation noch nicht völlig begriffen habe und glaube, mit Beteuerungen, Versprechungen und allerlei Bedenken, tiefgründigen Untersuchungen und kleinen Zugeständnissen an der ganzen Frage vorbeizukommen. Demgegenüber kann nicht nachdrücklich genug vor einer solchen dilatorischen Behandlung gewarnt werden. Wenn die einzelnen Reichsverwaltungen außerstande sind, ihre Aufträge so zu vergeben, daß sie in erster Linie der Beschäftigung von Arbeitslosen zugute kommen, dann bleibt nur der Weg der gesetzlichen Regelung mit Hilfe des Einstellungs- und Betriebsregelungszwanges übrig, und wir werden diesen Weg mit aller Rücksichtlosigkeit beschreiten, sobald wir erkennen, daß Unternehmertum und Regierung sich der Rücksicht auf die Arbeitslosen entledigen.

Die Arbeitslosigkeit im 1. Quartal 1921.

Der Arbeitsmarkt im Monat März war gegenüber dem Vormonat etwas günstiger, wenn man sich nur die Zahlen der Arbeitslosen betrachtet. Dagegen ergibt sich ein ungünstigeres Bild, wenn man bei der Beurteilung die Kurzarbeiter mit einbezieht. Während die Arbeitslosenzahl von 3013 auf 2495 gesunken ist, ist die der Kurzarbeiter von 7233 auf 6492 gestiegen. Insgesamt wurden im Berichtsmonat 10 987 = 13,8 Proz. Arbeitslose und Kurzarbeiter gezählt, während ihre Zahl im Vormonat 10 243 = 13 Proz. betrug. Getrennt nach Geschlechtern waren 16,4 Proz. der männlichen und 12,7 Proz. der weiblichen Mitglieder von Arbeitslosigkeit oder Kurzarbeit betroffen. Seit Januar dieses Jahres ist die Zahl der Arbeitslosen sowohl bei den männlichen wie weiblichen Mitgliedern von Monat zu Monat gefallen. Dagegen ist die seit Januar eingetretene Steigerung der Zahl der Kurzarbeiter lediglich auf Kosten der weiblichen Berufsangehörigen eingetreten.

Die Summe der von unserem Verband ausgezahlten Arbeitslosen unter Führung ist trotz des absoluten Rückganges der Arbeitslosen infolge Erhöhung der statistischen Sätze ganz erheblich gestiegen. Während im vierten Quartal 1920 bei 9964 Arbeitslosen nur 208 967 Mk. ausgezahlt wurden, sind jetzt bei 8757 Arbeitslosen im ersten Quartal 1921 insgesamt 346 142 Mk. zur Auszahlung gelangt, was einer absoluten Steigerung der Summe um 66 Proz. gleichkommt.

Die Dauer der Arbeitslosigkeit hat im ersten Quartal gegen das vorhergehende erheblich zugenommen. So kamen im vierten Quartal 1920 auf jeden Arbeitslosenfall im Durchschnitt „nur“ 20,8 Tage, während ein solcher im ersten Quartal 1921 32,9 Tage dauerte.

Der Mitgliederbestand hat gegen das vorletzte Quartal leider um 3500 abgenommen. Er ist von 83 026 auf 80 090 gefallen.

Die Berichterstattung war diesmal eine ziemlich vollständige. Außer Gera, W. Stadbach und Freiburg i. B., deren Karten so spät eingingen, daß sie zu der amtlichen Berichterstattung nicht mehr verwendet werden können, fehlten nur folgende acht Zahlstellen mit zusammen 657 Mitgliedern: Köslin, Osnabrück, Minden, Gotha, Schmalkalden, Kaiserslautern, Grimma und Rasthausen.

Ein Vergleich über den Umfang der Arbeitslosigkeit in den Vormonaten und in den gleichen Monaten der letzten drei Jahre ergibt folgendes Bild:

Monat	Arbeitslose Mitglieder am letzten Sonntag (am Ort und auf der Reise befindlich)			Arbeitslose auf je 100 Mitglieder		
	m.	w.	ges.	1920	1919	1918
1920						
März . . .	205	251	546	1,5	0,5	0,6
April . . .	466	418	883	1,0	0,7	1,1
Mai . . .	657	759	1416	2,5	1,3	1,7
Juni . . .	993	1481	2474	3,8	2,4	3,8
Juli . . .	1847	2577	4424	7,4	4,2	5,2
August . . .	2115	3035	5180	8,3	4,9	5,9
September . . .	2010	2829	4839	8,5	4,9	5,8
Oktober . . .	1499	2439	3938	6,3	4,4	5,0
November . . .	1883	1777	3100	5,7	3,1	3,9
Dezember . . .	1468	1398	2366	6,1	2,5	3,3
1921						
Januar . . .	1508	1741	3249	6,3	3,2	4,1
Februar . . .	1318	1779	3097	5,5	3,1	4,0
März . . .	1163	1332	2485	4,8	2,4	3,1

Eine Uebersicht über die Verhältnisse in den einzelnen Gauen gibt die nebenstehende Tabelle.

Die Zahl der Kurzarbeiter ist, wie bereits erwähnt, in ihrer Gesamtzahl erheblich gestiegen, jedoch fast ausschließlich auf Kosten der weiblichen Berufsangehörigen, deren Zahl von 4480 auf 5694 gestiegen ist. Besonders bemerkenswert ist noch die Steigerung der Zahl der Betriebe von 256 auf 368, in denen verfürzt gearbeitet wurde. Es arbeiteten in der Berichtswoche des März wöchentlich verfürzt um:

1-8 Stund. im 121 Betr. m. 680 m. u. 2456 w. Verf.
9-16 89 370 910
17-24 120 1323 1644
25 u. mehr 38 437 684

Insgesamt . . . 366 Betr. m. 2708 m. u. 5094 w. Verf.

Die Arbeitslosigkeit in unserem Verbands im 1. Quartal 1921.

Gau	Zahl der Mitglieder			Zahl der Arbeitslosenfälle				Arbeitslosenunterstützung wurde gezahlt			Jeder Arbeitslosenfall dauerte		
	im ganzen Quartal			im letzten Sonntag		Zahl der Arbeitslosen-tage am Ort	an Personen	in Tage	Mk.	in Tagen			
	inamt.	weibl.	ges.	inamt.	weibl.					inamt.	weibl.		
Nordosten	4 428	12 881	17 259	655	1 422	17	26	55 742	564	26 116	93 940	36,0	22,7
Schlesien	597	2 426	3 023	57	186	47	126	7 272	102	2 692	5 422	47,5	24,4
Gauja	1 160	2 658	3 818	85	237	36	41	4 018	8 707	6 672	11,8	12,7	
Wegoburg	841	1 930	2 780	01	194	34	83	12 114	168	8 350	6 243	29,1	49,2
Hannover	1 391	2 914	4 305	40	88	14	48	8 051	46	1 048	2 068	26,7	30,0
Rheinland-Westfal.	1 515	2 275	3 790	87	260	46	116	1 268	34	842	1 817	21,6	21,9
Westf. u. Rheins.	781	1 408	2 189	87	158	10	40	4 682	135	8 677	20 173	21,7	20,8
Westfalen und Pfalz	1 366	2 175	3 541	38	23	12	16	10 477	214	4 793	4 293	38,8	27,8
Thüringen	1 070	1 770	2 840	179	252	69	92	13 996	192	4 876	14 704	31,6	33,1
Sachsen	6 524	15 027	21 551	1 809	1 641	644	442	98 978	2 562	54 119	166 404	32,0	25,1
Württemberg-Baden	8 114	5 469	8 5 8	302	317	152	209	29 778	228	4 784	13 774	44,6	51,4
Nordbaden	705	2 596	3 301	60	237	35	51	17 192	111	3 180	8 876	62,5	55,1
Südbaden	221	1 747	2 468	7	188	53	51	5 495	140	8 693	7 254	37,0	19,2
Zusammen	24 118	55 816	79 483	3 561	6 181	1 159	1 344	263 006	5 818	116 796	446 142	33,0	27,8
Kurieren*	148	469	657										32,9
Summa	24 306	55 784	80 090										34,0
4. Quartal 1920	24 702	58 834	83 626	4 168	4 366	1 408	1 398	177 862	4 103	86 653	208 967		20,8
1. „ 1920	30 684	47 182	67 866	1 655	1 630	205	251	54 954	633	15 527	23 838		16,5
1. „ 1919	15 818	33 881	49 649	3 669	4 138	1 818	1 446	258 241	4 389	140 870	236 667		40,4
1. „ 1918	5 451	14 770	20 221	272	1 637	15	270	23 006	896	6 016	6 840		10,2

* In den Zahlstellen, die nicht berichtet haben.

Insgesamt arbeiteten verfürzt im:

Monat	Orte	Betriebe	männl.	weibl.	zusammen
1920					
Mai	50	129	898	2 601	3 597
Juni	93	650	4 168	11 675	15 833
Juli	91	583	3 801	10 143	14 034
August	55	436	3 750	8 578	12 835
September	50	288	2 110	5 020	7 130
Oktober	54	343	2 841	5 784	8 635
1921					
Januar	55	298	2 815	4 083	6 898
Februar	58	267	2 752	4 530	7 282
März	55	366	2 798	5 694	8 492

An Mitgliedern entfielen auf die 55 Orte mit den 8492 Kurzarbeitern 17 031 männliche und 42 117 weibliche.

Warum?

Anfang Dezember erhielten die Kollegen und Kolleginnen in den Buchdruckerien, die über 21 Jahre alt waren, eine wöchentliche Wirtschaftsbeihilfe von 5 Mk. Die jungen Kollegen und Kolleginnen gingen leer aus. Jetzt erhalten die Kollegen und Kolleginnen, welche über 21 Jahre alt sind, in den Buchdruckerien wieder eine Wirtschaftsbeihilfe von monatlich 65 Mk., während wir jungen Kollegen und Kolleginnen wieder leer ausgehen. In dieser Zurücksetzung, in dieser großen Ungerechtigkeit scheint ein System zu stecken, denn die gleichen Tatsachen kann man auch bei den Buchdruckern und Hilfsarbeitern konstatieren. Es scheint, daß die älteren Kollegen auf Kosten der jüngeren mehr Lohn erhalten sollen. Glaubt man vielleicht, daß die jungen Kollegen und Kolleginnen diese Wirtschaftsbeihilfe nicht ebenso nötig haben wie die älteren. O ja, wir haben sie nötig, vielleicht noch nötiger als die älteren; denn gerade wir Jungen erhalten einen Lohn, der kaum für Essen und Trinken und Schlafen ausreicht, und an Anschaffung von Kleidungs- und Wäscheartikeln kann nicht gedacht werden. Wir sind noch im Wachstum und sind nicht in der glücklichen Lage, Kleidung und Wäsche aus der Vorkriegszeit zu besitzen; wir sind darum gezwungen, uns jetzt weise zu kaufen. Wir jungen Gehilfen haben schon in den vier Jahren der Lehrzeit den Eltern auf der Tasche gelegen. Unsere Eltern sind keine Millionäre, daß diese uns jetzt noch weiter unterstützen können. Wir Jungen haben doch die gleichen Pflichten, warum nicht die gleichen Rechte? Warum diese Ungerechtigkeit? Warum diese Altersunterschiede? Warum diese Unterschiede im 1., 2., 3., 4. Gehilfenjahre? Es war doch bisher nicht üblich, daß eine Arbeiterklasse auf Kosten der anderen mehr Lohn erhielt! Warum jetzt?

Hugo Volkehn.

Für die in diesen Zeilen zum Ausdruck kommende Unzufriedenheit haben wir volles Verständnis. Kol-

lege Volkehn hat durchaus recht, wenn er sich darüber beklagt, daß nun schon mehrmals bei Lohnerhöhungen die jüngeren Gehilfen unberücksichtigt blieben. Unsere Vertreter haben den Arbeitgebern immer und immer wieder gesagt, daß gar kein ersichtlicher Grund dafür vorliegt, die jungen Kollegen von Zulagen auszuschließen. Seiber haben wir mit unseren Argumenten bei den Unternehmern kein Verständnis gefunden. Man hat uns entgegengehalten, daß die Zeit der wirtschaftlichen Krise überhaupt keine Lohnerhöhung zulasse. Wenn aber schon eine Lohnerhöhung gefordert werde, dann dürfe sich dieselbe nur auf die verheirateten älteren Gehilfen und älteren Arbeiterinnen beschränken usw. usw. Da in einer ganzen Reihe von Betrieben so gehandelt wurde, gelang es auch uns nicht, mit unseren Argumenten durchzubringen. Wir bedauern das außerordentlich, mußten uns aber doch mit den gegebenen Tatsachen abfinden. W.

Aus unserem Beruf.

Deutschlands Bucherzennnis.

Das Nachlassen des Bücherdrucks, das sich gleich im ersten Kriegsjahr zeigte, hatte in Deutschland seinen Höhepunkt im Jahre 1918 erreicht, als die Zahl der Werke nur noch 14 743 betrug, während sie im Jahre 1913 35 078 Neuerscheinungen ausmachte. Im Jahre 1919 machte sich wieder eine merkbare Erhöhung geltend. Die Veröffentlichungen in deutscher Sprache erreichten bereits im Jahre 1919 die stattliche Zahl von 26 194. Diese Gesamtsumme setzt sich aus 15 876 neuen Erscheinungen, 6432 Neuauflagen und 3886 Zeitschriften zusammen. Die fast 16 000 Neuerscheinungen stellen den größten Anteil dar, den irgendein Land zur literarischen Erzeugung der Welt beigetragen hat. Mit Ausnahme der Militärwissenschaft zeigten alle einzelnen Literaturgebiete eine Zunahme ums Doppelte bis Vierfache gegen das Vorjahr.

Die Lage in der Papierindustrie und im Buchhandel

wird von der „Innesfletter“, „Industrie- und Handels-Zeitung“ für den Monat März wie folgt dargestellt:

„Die deutsche Papierindustrie hatte im vergangenen Monat unter zunehmender Zurückhaltung der Nachfrage schwer zu leiden. Der Beschäftigungsgrad aller Fabriken war ungenügender als in den Vormonaten. Auch die Auslandsaufträge gingen mit Rücksicht auf die nachgebenden Preise auf dem Weltmarkt beträchtlich zurück. Der ausländische Markt ist augenblicklich mit Erzeugnissen der Papierindustrie völlig überflüssig, so daß neue Aufträge zu Preisen, die die Selbstkosten decken, nur in geringem Umfange erzielt werden können. Eine Reihe von Fabriken hat, um keine Arbeiterentlassungen vornehmen zu müssen, im vergangenen Monat zum großen Teil auf Lager gearbeitet. Neben der amerikanischen trat der vergangenen Monat hauptsächlich die Konkurrenz der

Skandinavischen Papierindustrie in Erscheinung. Namentlich die schwedische und finnische Papierindustrie legten die Preise für Papierholz und Zellulose so beträchtlich herab, wie dies in Deutschland mit Rücksicht auf die Herstellungskosten nicht möglich erscheint. Belebter war lediglich das Geschäft in Badpapieren, Seidenpapieren, Briefumschlägen und Papiergarnen. Auch der Absatz von Papierreppchen nach dem Auslande ging nicht in dem gleichen Maße zurück wie das übrige Auslandsge schäft der Papierindustrie. Durch Kohlenmangel und Rückgang der Auftragsbestände war im vergangenen Monat eine Einschränkung der Papierindustriebetriebe auf etwa 50 v. H. der Friedensbetriebe erforderlich.

Das Buchhandelsge schäft hatte im ver gangenen Monat insofern unter dem allgemeinen Preisrückgang besonders zu leiden, als die Herstellungskosten für Bücher infolge der hohen Löhne für Buchdrucker und Buchbinder und der hohen Papierpreise nicht gesunken sind, während andererseits die Nachfrage nach Büchern erheblich zu rückgegangen ist. Der Buchhandel konnte nicht durch eine Herabsetzung der Preise der Nachfrage eine neue Anregung bieten, und so blieb das Geschäft sehr ruhig. Sowohl die Sortimenter als auch die Verleger, die ange sichts der rückgehenden Preise mit der Herausgabe neuer Werke zurückhalten, klagten im vergangenen Monat über einen Rückgang des Umlages.

Die Steigerung der Löhne für Buchbinder wird auch von Unternehmergeitungen, die es wissen müssen, auf das 6-Stache gegenüber den Friedenslöhnen ange geben. Die Stimmungsmache des Stinnesblattes vermag daran nichts zu ändern, es liegt in dessen Wesen und Zweck, alle Verteuerungen der „Bezeich nung der Arbeiterschaft“ aufzuschreiben. Wenn sie in Wahrheit aufschreiben sind, zeigt unser Artikel in Nr. 15 über „Abbau der Preise oder Abbau der Löhne“ und die Notizen in der heutigen Nummer über „Weiterer Dividendenbesieg in der Papierindustrie“.

Weiterer Dividendenbesieg in der Papierindustrie. E. Gundlach u. G., Großwerke für Papierbearbeitung und Verlog, Bielefeld. In der Aufsichtsrats sitzung wurde beschlossen, der Generalversammlung die Verteilung einer Dividende von 15 Prozent und Erhöhung des Aktienkapitals um 2.100.000 Mark auf 4.100.000 Mark wegen Kapitalbedarfs vorzuschlagen.

Blaisiiffabrik vorm. Joh. Faber u. G. in Nürnberg. Die Gesellschaft erzielte einen Reingewinn von 2.302.066 Mk., wogu ein Vortrag mit 88.319 Mk. tritt, zu folgender Verteilung: Rücklage für Besitzveränderungen, und andere Gebühren 5000 Mark, Rücklage für die Beamtenpensionstasse 450.000 Mark, dito für Arbeiterwohlfahrt 250.000 Mk. Dividende 25 Proz., Vortrag 185.535 Mk. Das Geschäftsjahr erstreckte sich auf die Zeit vom 1. Juli bis 31. Dezember 1919.

Barziner Papierfabrik. Nach Abschreibungen von 4,2 Mill. Mark verbleibt ein Reingewinn von 5 Mill. Mark, der die Verteilung einer Dividende von 40 Proz. gestattet. Die Anteilekonten der Bilanz sind nahezu auf Null abgeschrieben.

Sächsishe Kartonnagen-Maschinen-A.G. in Dresden. Aus einem Bruttogewinn von 4.589.849 Mk. ergab sich nach Abzug der Unkosten ein Reingewinn von 1.238.935 Mk. An der Dividende von 20 Proz. nehmen die 2.000.000 Mk. neuen Stammaktien zur Hälfte teil. Die 1.500.000 Mark Vorzugsaktien erhalten 7 Proz.

Leipziger Buchbinderei-A.G. vorm. Gustav Frische in Leipzig. Bei einem Bruttogewinn von 6.068.849 Mk. ergaben sich unter Berücksichtigung der Gesamtkosten von 5.162.648 Mk. und der Abschreibungen von 114.293 Mk. als Reingewinn 892.562 Mk. Die Verwaltung beantragt die Verteilung von 15 Proz. Dividende auf das erhöhte Aktienkapital. Das Unternehmen war laut Bericht bis Ende Dezember 1920 mit Aufträgen reichlich versehen; im Januar steute der Auftrags ein gang indessen ab, so daß augenblicklich vorrätig gearbeitet werden muß. Anfragen auf neue Arbeiten aus dem Buchhandel wie auch aus den anderen In dustrien sind in letzter Zeit etwas zahlreicher ge worden, ob aber diesen auch Bestellungen folgen werden, vermag die Verwaltung nicht zu sagen.

Die Metallpapier-, Bronze-, Broncefarben-, Blattmetallwerke A.G. erzielte nach 164.413 Mk. Abschreibungen 3,53 Mill. Mk. Reingewinn, der folgendermaßen verwendet wird: Restlohnzahlung auf die jungen Aktien 1 Mill. Mk., 500 Mk. Bonus auf jede alte Aktie, 15 Proz. Dividende auf die alten und 7 1/2 Proz. auf die jungen Aktien, 5 Proz. auf die Vorzugsaktien, Rücklagen und Zuweisungen 645.000 Mark.

Carl Ernst u. Co. Aktiengesellschaft, Berlin. Dem Geschäftsbericht entnehmen wir: Das Gesamtergebnis des Jahres 1920 ist ein Gewinn von 189.238 Mark. Verteilung dieses Reingewinns: Zuführung

zum Reservefonds 71.015 Mk., 4 Proz. Dividende auf 750.000 Mk. = 30.000 Mk., 15 Proz. statutarische Lantieme 13.233 Mk., Lantieme für den Aufsichtsrat 11.248 Mk., weitere 8 Proz. Dividende auf 750.000 Mark 60.000 Mk., Gewinnvortrag für 1921 3741 Mk.

Die Verwaltung der Vereinigten Fabriken photographischer Papiere in Dresden bringt auf einen Reingewinn von 213.314 Mk. eine Dividende von 8 Proz. auf die Aktien und von 20 Mt. auf die Genussscheine in Vorschlag. — Die zum gleichen Konzern gehörige Dresdener Albumin-Papier A.G. verteilt 8 Proz. auf die Aktien und 15 Mt. auf die Genussscheine.

Mimosa Aktiengesellschaft, Fabrik photographischer Papiere in Dresden, berichtet: Der Geschäftsgang war äußerst reger; nur der Abzug von Rotationsarten, welcher zur Herstellung von Ansichtspostkarten bestimmt ist, ließ zu wünschen übrig. Im vergangenen Jahre haben wir uns ein Konkurrenzunternehmen, die Neue Photographische Gesellschaft A.G. in Berlin-Steiglitz, angeeignet. In Ausführung dieser Transaktion ist die bisher in Steiglitz vorgenommene Fabrikation photographischer Papiere in unsere Fabrikräume nach Dresden verlegt worden, während die Ueberführung der Kunstdruck-Abteilung der Neuen Photographischen Gesellschaft A.G. an die uns nahesteheude Firma E. U. Schwerdtfeger u. Co., A.G., Berlin, im Zuge befindlich ist. Im Zusammenhang damit hat unsere außerordentliche Generalversammlung vom 30. November 1920 beschlossen, das Aktienkapital auf 6 Millionen Mark zu erhöhen. Die in eine Aktiengesellschaft umgewandelte Firma Trapp u. Münch, Friedberg (Hessen), an welcher wir uns erheblich beteiligt haben, hat für das erste Geschäftsjahr ein gutes Ergebnis ausgewiesen. Die Bilanz weist bei vorsichtiger Bewertung der Borräte und Aufwände einen Gewinn von 1.858.085 Mark aus. Wir schlagen vor, diesen Betrag in folgender Weise zu verwenden: 4 Proz. Abschreibung auf Gebäudkonto 24.221 Mk., 100 Proz. Abschreibung auf Pferde- und Wagenkonto 23.253 Mk., Rückstellung für Zinsbogensteuer 22.500 Mk., Zuweisung zum Defizitkonto 46.539 Mk., Zuweisung zur Beamtenpensionstasse 50.000 Mk., Aufwendungen für Wohlfahrtszwecke 30.000 Mk., Aufsichtsrats-Lantieme und Gratifikationen an Beamte 280.222 Mk., 24 Proz. Dividende auf 1.000.000 Stammaktien = 1.200.000 Mark, 7 Proz. Dividende auf 1.000.000 Vorzugsaktien = 70.000 Mk. Im neuen Jahr ist der Geschäftsgang bisher betriebend.

Aktien-Gesellschaft Papyrolinwerk u. Ruvertfabrik in Konstanz. Der Bruttogewinn beträgt nach Abzug der vertragsmäßigen Lantiemen 190.743 Mk. Statutarische Abschreibungen auf Gebäude und Maschinen und Zuweisungen an Dekretbere- und Reservekonten 35.798 Mk., 8 v. H. Dividende 60.000 Mk., besondere Abschreibungen und Zuweisungen auf Gebäudkonto 25.000 Mk., Zuweisung an Reserve- und Erneuerungsfonds 60.390 Mk.

Hannoversche Papierfabriken in Hildesheim-Gronau. Der Aufsichtsrat schlägt 15 v. H. Dividende und 5 v. H. Bonus auf das verdoppelte Aktienkapital vor.

Bunt- und Luxusfabrik Goldbach bei Bischofsverda. Die Gesellschaft scheint ungewöhnlich hohe Gewinne erzielt zu haben, da sie eine Erhöhung des Aktienkapitals um höchstens 577.500 Mk. mit Dividendenberechtigung ab 1. Januar 1921 als Gratisaktien vorschlägt. Die Aktionäre, die von dieser Kapitalerhöhung keinen Gebrauch machen, erhalten aus dem Reingewinn des Jahres 1920 auf jede Aktie 1500 Mk. bar, gleich 100 Proz. ausgezahlt. Bereits im Juni 1920 erfolgte eine ähnliche Sonderausüttung durch Hinaufsetzung des Neumtrages jeder Aktie von 1000 auf 1500 Mk. durch Einzahlung aus dem Dispositionsfonds. Die Dividende für 1919 betrug 20 Proz.

Die Koftheimer Zellulose- und Papierfabrik A.G. in Koftheim bei Mainz schüttete eine Dividende von 10 Proz. für die Vorzugsaktien pro Rate der Einzahlung von 25 Proz., und von 12 Proz. auf die Stammaktien aus.

Papierfabrik Sebnitz. Der im Berichtsjahre erzielte Rohgewinn nach Abzug der vertraglichen und sorgungsgemäßen Gemeinnachte beträgt 1.215.215 Mk. Hier von sind Abschreibungen 678.278 Mk. Von dem verbleibenden Betrag von 536.936,50 Mk. sollen 460.000 Mk. als 20 Proz. Dividende verteilt werden. Vortrag auf neue Rechnung 76.936,50 Mk.

Freiberger Papierfabrik A.G. in Weichenborn. Betriebsüberschuß und Salutogewinn erbrachten 4.039.918 Mk., aus denen sich nach Kürzung der Unkosten und 213.134 Mk. Abschreibungen ein Reingewinn von 1.899.490 Mk. ergab, von dem 1.000.000 Mk. zu Rücklagen für Erneuerungen, 660.000 Mark gleich 20 Proz. Dividende auf die gewinnbeteiligten Aktien verteilt und 110.096 Mk. vorgetragen werden sollen.

Koftheimer Zellulose- und Papierfabrik A.G. Der Fabrikationsgewinn betrug 7,19 Millionen Mark. Der Reingewinn 1.308.158 Mk. Es sollen 12 Proz. Dividende auf 6 Mill. Stammaktien und 10 Proz. auf 1 Mill. Vorzugsaktien verteilt und 385.876 Mk. vorgetragen werden.

Die Teisnacher Papierfabrik bringt einen Prospekt zur Einführung von 2 Millionen neuer Aktien heraus. Er weist als gezahlte Dividende nach für 1916 8 Prozent, 1917 20 Prozent, 1918 22 Prozent, 1919 15 Prozent, 1920 22 Prozent und 10 Prozent Bonus. Auch diese Fabrik ist nicht unmittelbar, aber doch mittelbar beteiligt an der Steigerung der Druckpapierpreise, die vielen Zeitungen das Genick bricht.

Wie man den Buchbinder ausschaltet.

Die Schulverwaltung in Köln gibt allmonatlich eine Zeitschrift „Jung-Köln“ heraus, die in zirka 15.000 Exemplaren an Volksschüler abgegeben wird. In einem dieser Hefte wurde jüngst eine Uebung gebracht, „Wie ich mir „Jung-Köln“ einbinde“, in dem es einleitet heißt:

„Jedesmal, wenn ein Jahrgang unserer Zeitschrift vollständig vorliegt, sieht sich der Besitzer vor die Frage gestellt, ob er die Hefte zu einem Buch binden lassen soll, um es stets als Nachschlagewerk zur Hand zu haben. Da aber das Einbinden heute sehr teuer ist, sei im folgenden eine kleine Anleitung gegeben, wie man sich „Jung-Köln“ selbst einfach und dauerhaft binden kann.“

Und dann folgt eine Beschreibung der Herstellung eines Halbeinbandes, die für den Fachmann wohl einigermaßen verständlich ist, nicht aber für den Laien. Doch darauf kommt es nicht an. Was für uns von Interesse sein muß, ist, daß in Köln von amtlicher Stelle aus eine Propaganda getrieben wird, die die an sich schon entsetzlich umfangreiche Arbeitslosigkeit ignoriert und einer ausgesprochenen Puscherei das Wort redet. Kann das Aufgabe einer Schulverwaltung sein, die nebsther doch auch berufen sein sollte, eine gewisse Berufsberatung für die aus der Schule zu entlassende Jugend zu pflegen? Wie uns berichtet wird, hat unsere Kölner Verwaltung gegen diese Empfehlung des Puschereiwesens bei der zuständigen Stelle Protest erhoben. Der Ausgang ist uns noch nicht bekannt.

Internationales.

Oesterreich. Ab 21. März gelten für die in den Wiener Buchbindereien und Rastrieranstalten beschäftigten Kollegen und Kolleginnen folgende Lohnsätze:

Table with 3 columns: Lohnsatz, Kupon, Mk. (nach dem Kursstand von Mitte April). Rows include categories like 'a) Für Gehilfen', 'b) Für Spezialarbeiter', 'c) Für Rastrierer', 'd) Für Arbeiterinnen' and 'e) Für Spezialarbeiterinnen' with sub-rows for different experience levels and years.

Wie sich diese Lohnsätze in der Praxis auswirken, vermögen wir nicht zu sagen, da uns die derzeitige Gestaltung der Waren- usw. Preise nicht so bekannt ist, um Schlussfolgerungen daraus zu ziehen. Die Entlohnung der in der Buchdruckerei beschäftigten Kollegen und Kolleginnen bewegt sich in ähnlicher Höhe.

Tschechoslowakei. Der Verband der Buchbindergehilfen und verwandter Berufe in der Tschechoslowakei gibt seit Anfang März ein eigenes Organ in deutscher Sprache heraus. In der ersten Nummer dieser neuen Zeitschrift wird festgestellt, daß die Zahl der deutschsprechenden Verbandmitglieder in der letzten Zeit so stark gestiegen ist, daß sich ein eigenes Fachblatt halten kann. Weiter wird in ihr mit einem ausführlichen Überblick über die Tätigkeit des Verbandes im Vorjahre begonnen. Wir begrüßen den neuen Streiter in der Reihe der Verbandszeitungen der Buchbinder- usw. Verbände und wünschen seiner Tätigkeit den erhofften Erfolg.

Berichte.

Dresden. In einer überaus stark besuchten Versammlung der ausgesperrten Zigarettenkartonnagenarbeiter und -arbeiterinnen gab der Branchenleiter, Kollege Menzer, Bericht über die stattgefundenen Lohnbewegungen und ging dann auf die gegenwärtige Aussperrung in der Industrie näher ein. Der Verbandsvorsitzende, Kollege Hauelsen-Berlin, referierte hierauf über die am Tage zuvor stattgefundenen Verhandlungen der vier Organisationen mit den Arbeitgeber. Die ganze Stillegung der Betriebe erfolgte durch die Lohnbewegung der Maschinenführer. Hauelsen bezeichnete die Aussperrung unserer Kollegenschaft als einen brutalen Akt, da unsere Kollegenschaft hätte ruhig weiter voll beschäftigt werden können trotz des Ausstandes der Maschinenführer. Die Verhandlungen ergaben schließlich folgendes Ergebnis:

„Der Lohn der Maschinenführer, Reparaturschlosser und Anzulernenden wird ab 1. April 1921 wöchentlich um 65 Mt. erhöht, und zwar unföndbar bis zum 30. September 1921.“

Der Streik bzw. die Aussperrung bildet keine Unterbrechung des bisherigen Arbeitsverhältnisses. Die streikenden bzw. die ausgesperrten Arbeitnehmer werden sofort vollständig wieder eingestellt.

Ob und wie weit der Lohn für die ausgefallenen Tage noch zu bezahlen ist, wird durch besondere Verhandlung im Laufe der nächsten Woche geklärt. Kommt keine Einigung zustande, so wird der Schlichtungsausschuß bzw. das Gewerbegericht entscheiden.

Bei Annahme vorstehender Lohnbedingungen durch die Maschinenführer werden die Betriebe am Sonnabend früh geöffnet.

Die übrigen Bestimmungen des bisherigen Vertrages bleiben noch wie vor in Kraft.“

Lang erklärte nunmehr, daß durch diesen Abschluß es sich erübrige, auf alle von der Branchenleitung vorgesehenen Maßnahmen einzugehen. Er gab bekannt, daß vom 1. April ab folgende Löhne für die Branche festgelegt wurden:

Für Arbeiterinnen	bis 16,3	126 Mt. pro Woche	
„	„ 16-18	151	„
„	„ über 18	180	„
Feldarbeiter	bis 16	195	„
„	„ 16-18	215	„
„	„ 18-21	245	„
„	„ über 21	310	berh. 305 Mt.
„	„	325	330

Donath begrüßte die in dieser Bewegung gezeigte Solidarität und das lebendige Interesse der Kollegenschaft, was auch in Zukunft so bleiben müsse, um dem aussperrungslustigen Unternehmertum immer geschlossen entgegenzutreten zu können. Hierauf gelangte folgender Antrag einstimmig zur Annahme:

„Die heutige Kartonnagen-Branchenversammlung der Zigarettenindustrie fordert die Bezahlung der Aussperrungstage von den Unternehmern, da deren Vorgehen als brutal anzusehen ist. Es lag zur Aussperrung oder Entlassung kein Anlaß vor, weder tariflich noch gesetzlich.“

Nachdem noch eine Kommission zur Ausarbeitung des neuen Tariftarifs gewählt war, forderte Lang nachmals auf zu regster Organisationsarbeit sowie jederzeit für starken Versammlungsbesuch auch in Zukunft tätig zu sein. Menzer teilte noch mit, daß die Maschinenführer das Verhandlungsergebnis angenommen haben und schloß hierauf die imposant verlaufene Versammlung.

Hagen i. Westf. Berichtigung. Im letzten Versammlungsbericht sind durch einen Druckfehler die Wochenzulagen der Arbeiterinnen im letzten Quartal mit 20-26 Mt. angegeben, während dieselben in Wirtschft 20-60 Mt. betragen.

Hirschberg. Am 5. April fand hier unsere Mitgliederversammlung statt. Besuch ausnahmsweise gut. Zur Besprechung standen die letzten Tarifabschlüsse. Trotz des schlechten Zeitpunktes hat die Kommission der Lüten- und Beutelbranche ihre schwere Pflicht, die keine Vorbeeren bringen konnte, in Dresden erfüllt. Mit Bedauern wurde festgestellt, daß Sachsen und Westfalen der Hemmschuh sind. Mit Freuden aber können wir feststellen, daß unsere Ortsgruppe ein festes Band des gegenseitigen Verständnisses umschlingt, das einem Kampfe getroßt entgegengehen

kann. Der Kartonnagertarif wurde arg zerpfückt und speziell über die Abschnitte 9 und 10 herrscht starke Mißstimmung. Doch auch diese dunklen Punkte werden verschwinden, wenn wir einig bleiben. Starker Protest wurde eingelegt, daß von Buchdruckereibessigern der Buchbinder immer noch als Mensch zweiter Klasse bezeichnet wird. Und dabei ist kaum ein Fach so mannigfaltig als dieses und wir fordern Gleichstellung mit den Buchdruckern.

Unter Organisationsfragen konnte festgestellt werden, daß wir alles, was organisationsfähig ist, als Mitglieder zählen. Sechs Kolleginnen (Heimarbeiter) stehen uns noch fern und deren hohes Alter hält uns zurück, diese als Mitglieder aufzunehmen. Zwei Neuzubehrende werden in kürzester Zeit erkennen lernen, was der Verband will. Dann wurde beantragt, den seit neun Wochen im Streik stehenden Töpfern finanziell zu helfen. Trotz allseitigen Verfürtarbeitens wurde von der überrollen Mitgliederversammlung einstimmig beschlossen, einen vollen Stundenlohn zu zahlen. Einem Antrage, gegen die Zerpfütterung innerhalb der Gewerkschaften Front zu machen, wurde einstimmig zugestimmt und dem DGB, treue Gesellschafft zugesichert. Wir wollen nicht Harmoniebestreben aber auch keine Phrasenpolitik. Sozialisten wollen wir sein, ruhig und sachlich gemapnet zu jedem Kampfe. So können wir den Herausforderungen unserer Gegner ruhig entgegengehen und in dieser Erwartung, so hoffen wir, wird uns unser Verbandsvorstand nicht täuschen. Unsere Reihen sind festgefügt und nicht zerrüttet.

Rundschau.

Der Arbeitsmarkt in England im Jahre 1920. Am Ende des Jahres 1920 waren nach den Angaben des englischen Arbeitsministeriums 6,1 Proz. der Mitglieder der Trade Unions ohne Arbeit, während der Prozentfuß der Arbeitslosen im April 1920 nur 0,9 v. H. betragen hatte. Hierbei sind die zahlreichen verkürzten Arbeitszeiten, d. h. also die teilweise Arbeitslosigkeit, noch gar nicht mitgerechnet. Von Interesse dürfte ein Vergleich der Arbeitslosenziffern für die einzelnen Monate des Jahres 1920 mit denen früherer Jahre sein. Es betrug der Prozentfuß der Arbeitslosen laut „Economist“:

	1913	1916	1917	1918	1919	1920
	v. H.					
Januar	2,2	0,6	0,3	1,0	2,4	2,9
Februar	2,0	0,5	0,3	0,9	2,8	1,6
März	1,9	0,5	0,3	1,2	2,9	1,1
April	1,7	0,5	0,3	0,9	2,8	0,9
Mai	1,9	0,5	0,4	0,9	2,1	1,1
Juni	1,9	0,5	0,4	0,7	1,7	1,2
Juli	1,9	0,4	0,4	0,6	2,0	1,4
August	2,0	0,4	0,5	0,5	2,2	1,6
September	2,3	0,4	1,3	0,5	1,6	2,2
Oktober	2,2	0,3	1,1	0,4	2,6	5,3
November	2,0	0,3	1,1	0,5	2,9	3,7
Dezember	2,6	0,3	1,4	1,2	3,2	6,1

Der Vergleich fällt für die augenblickliche Lage nicht gerade günstig aus. Trotzdem sieht man die Lage in England selbst nicht so ernst an, wie sie obige Zahlen vielleicht erscheinen lassen. Denn in noch weiter zurückliegenden Jahren, wie z. B. 1903 und 1908, war der Prozentfuß der Arbeitslosen am Ende des Jahres auch sehr hoch, so in obigen Jahren = 6,3 und 9,1 Proz., ohne daß ernsthaftere Folgen eingetreten wären. Eine Besserung trat regelmäßig und automatisch in den ersten Monaten des neuen Jahres ein. Mit Recht weist allerdings „Labour Gazette“ darauf hin, daß heute nach dem Kriege in der Zahl der Arbeitslosen die große Menge der hocharbeitslosen (d. h. der mit verkürzter Arbeitszeit Arbeitenden) nicht enthalten ist. Tatsächlich also erhöht sich die offizielle Ziffer im Vergleich mit den Vorkriegsziffern noch um ein bedeutendes.

Abrechnungen

vom 1. Quartal gingen weiter bis zum 18. April bei der Verbandskasse ein von: Potsdam-Romawas 1200.— Mt., Spremberg — Mt., Bernburg 500.— Mt., Halberstadt 1175,80 Mt., Bremen 2000.— Mt., Bismar 1000.— Mt., Hildesheim 700.— Mt., Eisenach 256,75 Mt., Greiz 579,80 Mt., Amdenau 1650.— Mt., Koburg 500.— Mt., Roda 229,15 Mt., Schmalfelden 515,02 Mt., Sonneberg 1600.— Mt., Weis 650.— Mt., Fulda 624,74 Mt., Hainichen 1210,10 Mt., Leipzig 47 216,75 Mt., Nordau 2000.— Mt., Elmstirchen 600.— Mt., Kaufbeuren 1200.— Mt.

Fr. Bender.

Literarisches.

Proletarierjugend und Theater. Von Gerhart Seger. Preis 2,50 Mt. Verlagsgenossenschaft „Freiheit“, Berlin C. 2.
In dieser Schrift legt der Verfasser dar, in welcher Weise die Arbeiterjugend sich mit dem Theater bekannt-

machen kann. In einer Skizze der Entwicklung des Theaters wird gezeigt, aus welchen Anfängen und in welcher Weise das heutige Theater entstanden ist. Im zweiten Kapitel erörtert der Verfasser, der selbst sowohl in der Jugendbewegung als auch in der Volksbühnenbewegung tätig war, die praktischen Möglichkeiten, die sich für die Proletarierjugend auf diesem Gebiete ergeben.

Anzeigen

Buchbinderwerkzeug ● **Anzeigen**
von Privat zu kaufen gesucht
H. Wörmann,
Berlin, Kurlandstraße 17.
finden nur Aufnahme, wenn der Betrag vorher eingelangt ist.

Ortskrankenkasse der Buchbinder u. verwandter Gewerbe zu Berlin.

Einladung
zu der am 10. Mai 1921, abends 7 Uhr, im Landreaukschank, Stralauer Straße, Ecke Waisenstr., stattfindenden **ordentlichen Ausschusssitzung.**

Tagesordnung: 1. Protokollübernahme der letzten Ausschusssitzung. 2. Abnahme der Jahresrechnung für 1920. 3. Berichtedenes.

Die Vertreter des Ausschusses werden ersucht, pünktlich zu obiger Sitzung zu erscheinen.
Der Vorstand,
H. Gottesmann, Vorsitzend u. Fr. Keefe, Schriftführer.

Achtung! Jugendliche und Lehrlinge in den Buchbindereien Berlins.

Am Mittwoch, den 27. April, findet im Bureau Engelauer 14/15, Zimmer 20-41, eine

Große Jugendversammlung

statt.
Tagesordnung:
1. Die wirtschaftliche Lage der Jugend und was erwarten wir vom Reichstarih. 2. Berichtedenes.
Die Jugendkommission.



Wiril Klebstoffe

sind Allen voran.
Klebstoffe für jeden Zweck:
Kattulleime - Büroleime - Kleb-
Knochen- und Lederleime.
Chem. Techn. Werke
Willyhald Richter
Quar Nr. 4-6 Leipzig Querstr. 4-6
Tel. 3049, 11248
Zur Messe: Zeisigshaus,
I. Oberg-schoß, Std. 74/76.

Als Spezialität liefert zu billigsten Tagespreisen
feinstes
Bilderglas
Adolf Rommel, Köln/Rh.
Glasgroßhandlg. Agrippastr. 68/74

Der neue Reichstarif für die Etuis- und Kartonnagen-Industrie
ist im Druck erschienen und durch alle Gau- und Ortsverwaltungen zum Preise von 75 Pf. zu beziehen.
Da es sich um einen ganz neuen Tarifabschluß handelt, liegt es im eigenen Interesse aller in der Etuis- und Kartonnagen-Industrie beschäftigten Kollegen und Kolleginnen, sich den Tarif zu beschaffen.